

**Niederschrift**

Gremium	Sitzung - FG/071(IV)/07			
	Wochentag, Datum	Ort	Beginn	Ende
Finanz- und Grundstücksausschuss	Mittwoch,  10.10.2007	Altes Rathaus, Hansesaal	17:00Uhr	20:40Uhr

**Tagesordnung:**

**Öffentliche Sitzung**

1 Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Beschlussfähigkeit

1.1 Bestätigung der Tagesordnung

1.2 Genehmigung der Niederschrift vom 12.09.2007

**4 Beschlussvorlagen und Informationen**

4.1 Jahresabschluss 2006 der Zentrum für Neurowissenschaftliche  
Innovation und Technologie (ZENIT) GmbH, Magdeburg  
Vorlage: DS0409/07  
BE: FB 02; 18:10 Uhr

4.2 Jahresabschluss 2006 der Zentrum für Produkt-, Verfahrens- und  
Prozeßinnovation GmbH (ZPVP GmbH)  
Vorlage: DS0415/07  
BE: FB 02; 18:20 Uhr

4.3 Jahresabschluss 2006 der Flughafen Magdeburg GmbH (FMG)  
Vorlage: DS0433/07  
BE: FB 02; 18:30 Uhr

4.4 Fördermitgliedschaft in der Wirtschaftsinitiative für  
Mitteldeutschland  
Vorlage: DS0408/07  
BE: Dez. III; 19:10 Uhr

- 4.5 Neues Kommunales Haushalts- und Kassenwesen (NKHR)  
Vorstellung des Schulungskonzeptes  
Vorlage: I0198/07  
BE: FB 02; 19:25 Uhr
- 4.6 Übersicht über die Haushaltsausgabereste des Dezernates II  
BE: Dez. II; 19:40 Uhr
- 4.7 Weiterführung des Sonderprogramms zur Sanierung von  
Kindertageseinrichtungen 2008  
bis 2012 gemäß der festgelegten Einzelvorhaben laut Anlage 3  
Vorlage: DS0254/07  
BE: Eb KGm; 19:55 Uhr

## **5 Anträge und Stellungnahmen**

- 5.1 Abstellmöglichkeiten für Fahrräder  
Vorlage: A0116/07
- 5.1.1 Abstellmöglichkeiten für Fahrräder  
Vorlage: S0177/07  
BE: Eb KGm; 20:10 Uhr

## **6 Beschlussvorlagen**

- 6.1 Zukünftige strategische Ausrichtung und Weiterentwicklung des  
Städtischen Klinikums Magdeburg und damit verbundene  
Organisations- und Rechtsformveränderungen (1. Lesung)  
Vorlage: DS0127/07  
BE: Dez. III; 18:40 Uhr
- 6.2 Zukünftige strategische Ausrichtung der städtischen Seniorenwohn-  
und -pflegeheime und damit verbundene Organisations- und  
Rechtsformveränderungen (1. Lesung)  
Vorlage: DS0128/07
- 6.2.1 Zukünftige strategische Ausrichtung der städtischen Seniorenwohn-  
und -pflegeheime und damit verbundene Organisations- und  
Rechtsformveränderungen (1. Lesung)  
Vorlage: DS0128/07/2  
BE: Dez. III; 18:55 Uhr
- 6.3 Verschiedenes

Anwesend:

**Vorsitzende/r**

Stadtrat Hans-Dieter Bromberg

**Mitglieder des Gremiums**

Stadträtin Karin Meinecke

Stadtrat Holger Franke

Stadtrat Walter Meinecke

Stadtrat Gunter Schindehütte

Stadtrat Hilmar Schoenberner

Stadtrat Reinhard Stern

Stadtrat Alfred Westphal

Stadträtin Beate Wübbenhorst

**Schriftführer**

Frau Michaela Paetsch

## Öffentliche Sitzung

### 1. Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Beschlussfähigkeit

Es sind insgesamt 9 Stadträte anwesend.

**Herr Bromberg** eröffnet die Sitzung und stellt die Beschlussfähigkeit fest.

#### 1.1. Bestätigung der Tagesordnung

Die Tagesordnung lag den Stadträten rechtzeitig vor.

**Herr Bromberg** verweist darauf, dass die Tagesordnungspunkte 4.4 und 4.5 aufgrund der zeitgleichen Sitzung des Betriebsausschusses Städtisches Klinikum an das Ende der Sitzung verschoben und nach TOP 5.1.1 eingeordnet werden. Im Übrigen verweist er auf den Änderungsantrag DS0128/07/2, der heute als Tischvorlage ausgereicht wurde.

**Herr Stern** bittet darum, die Drucksachen DS0127/07 und DS0128/07 heute lediglich in erster Lesung zu behandeln. Dies wird von den übrigen Stadträten unterstützt.

**Frau Wübbenhorst** macht den Vorschlag den TOP 4.6 (DS0408/07) auf die nächste Sitzung des Finanz- und Grundstücksausschusses zu verschieben, um diesen gemeinsam mit der Information über Mitgliedschaften in Vereinen und Verbänden (I0164/07) zu behandeln. Diesem Vorschlag wird gefolgt.

Anschließend stellt **Herr Bromberg** die geänderte Tagesordnung zur Abstimmung.

**Der geänderten Tagesordnung wird mit 9 – 0 – 0 zugestimmt.**

#### 1.2. Genehmigung der Niederschrift vom 12.09.2007

Da die Niederschrift vom 12.09.2007 noch nicht vorliegend war, entfällt dieser Tagesordnungspunkt.

## 4. Beschlussvorlagen und Informationen

### 4.1. Jahresabschluss 2006 der Zentrum für Neurowissenschaftliche Innovation und Technologie (ZENIT) GmbH, Magdeburg Vorlage: DS0409/07

Seitens der Stadträte wird keine Einbringung der Drucksache gewünscht.

**Herr Stern** möchte wissen, wie der aktuelle Vermietungsstand in ZENIT 1 und 2 ist.

**Herr Koch** erläutert, dass die Baukosten eingehalten wurden und im Gebäude ZENIT 1 eine vollständige Vermietung erfolgt ist und im ZENIT 2 – Gebäude ca. 60 % der Flächen vermietet sind. Im Übrigen führt er aus, dass die Universität derzeit plant, weitere Räume anzumieten

Anschließend stellt **Frau Meinecke** die Drucksache zur Abstimmung.

**Die Drucksache wird dem Stadtrat mit 8 – 0 – 0 zur Beschlussfassung empfohlen.**

4.2. Jahresabschluss 2006 der Zentrum für Produkt-, Verfahrens- und  
Prozeßinnovation GmbH (ZPVP GmbH)  
Vorlage: DS0415/07

---

**Herr Stern** möchte wissen, ob man sich mit der Denkfabrik nicht eine Konkurrenzsituation zur ZPVP geschaffen hat.

**Herr Zimmermann** macht deutlich, dass dies nur durch das Dezernat III beantwortet werden kann.

Anschließend stellt **Frau Meinecke** die Drucksache zur Abstimmung.

**Die Drucksache wird dem Stadtrat mit 6 – 0 – 1 zur Beschlussfassung empfohlen.**

4.3. Jahresabschluss 2006 der Flughafen Magdeburg GmbH (FMG)  
Vorlage: DS0433/07

---

Da seitens der Stadträte keine Einbringung gewünscht ist und kein Diskussionsbedarf besteht, stellt **Frau Meinecke** die Drucksache sofort zur Abstimmung.

**Die Drucksache wird dem Stadtrat mit 7 – 0 – 0 zur Beschlussfassung empfohlen.**

4.4. Fördermitgliedschaft in der Wirtschaftsinitiative für  
Mitteldeutschland  
Vorlage: DS0408/07

---

**Herr Bromberg** erscheint wieder zur Sitzung und übernimmt die Sitzungsleitung.

Der Tagesordnungspunkt wurde entsprechend TOP 1.1 auf die Sitzung am 24. 10. 2007 vertagt.

4.5. Neues Kommunales Haushalts- und Kassenwesen (NKHR)  
Vorstellung des Schulungskonzeptes  
Vorlage: I0198/07

---

**Frau Mittendorf** erläutert anhand einer Präsentation, die dem Protokoll als Anlage beigelegt ist, das Schulungskonzept zum Neuen Kommunalen Haushalts- und Rechnungswesens.

Auf Nachfrage der Stadträte, ob die Mitarbeiter der Fraktionsgeschäftsstellen ebenfalls geschult werden, führt **Frau Mittendorf** aus, dass diese in dem Schulungskonzept bereits berücksichtigt wurden.

**Herr Schindehütte** nimmt Bezug auf den 6. Anstrich im Modul I auf Seite 9 der Anlage 1 und fragt nach, was darunter zu verstehen ist.

**Frau Mittendorf** erklärt, dass der doppelte Haushalt die Bilanz, die Teilhaushalte, Produkte und Kennzahlen beinhaltet. Insbesondere über diese Instrumente soll die Steuerung erfolgen.

**Herr Zimmermann** ergänzt, dass es dabei darum geht, darzustellen, welche Informationen die Politiker für eine Steuerung des doppelten Haushalts benötigen.

**Herr Bromberg** fragt nach, ob den Stadträten Zugriff zu bestimmten Softwaremodulen zur Verfügung gestellt werden.

**Herr Zimmermann** erläutert, dass den Stadträten Zugriff auf das Berichtswesenmodul gegeben werden soll.

**Die Information wird von den Mitgliedern des Finanz- und Grundstücksausschusses zur Kenntnis genommen.**

#### 4.6. Übersicht über die Haushaltsausgabereste des Dezernates II

---

**Herr Hartung** gibt eine kurze Erläuterung zu den Übersichten über die Haushaltsausgabereste und führt aus, dass es im Dezernat II insgesamt 3 Haushaltsausgabereste gibt, die freigemeldet werden können. Dabei handelt es sich um die Haushaltsausgabereste „Randau/Callenberge, Erwerb von Grundstücken“ (Ifd.-Nr. 4), „Ausbau der Siedl.Str. Zum Friedensweiler, Erwerb von Grundstücken“ (Ifd. Nr. 10) und „Allg. Grundvermögen, Allg. Vorhaben, Entschädigungsfonds“ (Ifd. Nr. 12), so dass sich in Summe insgesamt 16.110,84 EUR ergeben, die von Seiten des Dezernates II freigegeben werden können. Über alle Dezernate ergibt sich somit eine Gesamtsumme von 67 TEUR an noch verfügbaren Haushaltsausgaberesten, die für ihren ursprünglichen Zweck nicht mehr benötigt werden.

Im Übrigen nimmt er Bezug auf den Antrag A0159/07, der in der letzten Stadtratssitzung behandelt wurde, in dem es um die Verwendung von Haushaltsausgaberesten des Dezernates VI für die Comeniuschule und die Sekundarschule Thomas Mann ging. In diesem Zusammenhang führt er aus, dass für diese Vorhaben die genannte Deckungsquelle nur noch i. H. v. 67 TEUR zur Verfügung steht. Aus diesem Grund macht er alternative Vorschläge, um die Umsetzung dieser Maßnahmen trotzdem zu ermöglichen. Demnach wird eine Maßnahme aus den noch verfügbaren Haushaltsausgaberesten und die andere Maßnahme aus dem Planansatz der Sekundarschule Hans Schellheimer gedeckt. Diesen Vorschlägen wird von Seiten der Stadträte gefolgt. Für das nächste Jahr verspricht er darüber hinaus, eine übersichtlichere Darstellung zu den Haushaltsausgaberesten.

#### 4.7. Weiterführung des Sonderprogramms zur Sanierung von Kindertageseinrichtungen 2008 bis 2012 gemäß der festgelegten Einzelvorhaben laut Anlage 3 Vorlage: DS0254/07

---

**Herr Bromberg** fragt nach, wie sich die Verteilung der Finanzmittel im letzten Jahr dargestellt hat.

**Frau Hentrich** erläutert, dass im letzten Jahr ca. 9,8 % für Bauinvestitionen der Jugendhilfeeinrichtungen zur Verfügung gestanden haben.

**Herr Hartung** ergänzt, dass im Jahr 2008 dafür ca. 5,8 % als Anteil des Vermögenshaushalts zur Verfügung stehen. Darüber hinaus erläutert er, dass dieser Anteil sogar auf 8,4 % steigt, wenn man den Anteil des Einzelplans 9 (Tilgung, Krankenhausumlage, etc.) abzieht. (Dem Protokoll ist eine Anlage beigelegt, aus der diese Daten zu entnehmen sind.)

Anschließend stellt **Herr Bromberg** die Drucksache zur Abstimmung.

**Die Drucksache wird dem Stadtrat mit 9 – 0 – 0 zur Beschlussfassung empfohlen.**

## **5. Anträge und Stellungnahmen**

---

5.1. Abstellmöglichkeiten für Fahrräder

Vorlage: A0116/07

5.1.1. Abstellmöglichkeiten für Fahrräder

Vorlage: S0177/07

---

**Herr Bromberg** nimmt Bezug auf die Fahrradständer in der Julius-Bremer-Straße und erläutert, dass diese in Stoßzeiten nicht ausreichend seien. Im Übrigen möchte er wissen, ob in diesem Bereich nicht auch eine Überdachung möglich gewesen wäre.

**Herr Wasser** erwidert, dass in der Julius-Bremer-Straße Abhilfe geschaffen werden soll. Im hinteren Bereich sollen 14 Fahrradstellplätze und im vorderen Bereich 18 Fahrradstellplätze geschaffen werden, so dass dann insgesamt 6 Fahrradständer mehr zur Verfügung stehen. In Absprache mit dem FB 32 werden im Bereich der Hauptwache und der IHK keine Fahrradständer benötigt. Darüber hinaus stellt er dar, dass die eingezäunten Kfz-Stellplätze des FB 32 nicht anteilig für die Verwendung als abgeschlossener Fahrradstellplatz verwendet werden können.

Mit Bezug auf die Ausführungen von Herrn Wasser merkt **Herr Schindehütte** an, dass diese weit über die Stellungnahme hinausgehen. Im Übrigen ist er der Auffassung, dass man ggf. prüfen sollte, ob man für einen gesicherten Fahrradstellplatz nicht auch eine kleine Gebühr von beispielsweise 5 EUR erheben könne.

**Herr Wasser** erläutert, dass dies aufgrund der fehlenden Standorte nur schwer umsetzbar ist. Die einzige Möglichkeit würde darin bestehen, einen PKW-Stellplatz in einen Fahrradstellplatz umzuwandeln, dies sei allerdings aufgrund der bestehenden Mietverträge nur schwer realisierbar.

**Herr Westphal** ist der Meinung, dass der Antrag bei einem entsprechenden Beschluss im Stadtrat frühestens mit dem Haushalt 2009 umsetzbar sei. Des Weiteren merkt er kritisch an, dass im 1. Satz der Stellungnahme statt der Benennung der Beschlussnummer des Stadtrats der entsprechende Antrag wiedergegeben wurde.

**Herr Bromberg** stellt den Antrag den 1. Satz des Beschlussvorschlages des Antrages wie folgt neu zu fassen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, ~~im Rahmen der Haushaltsdebatte für das Jahr 2008~~ konkrete Vorschläge für sichere, möglichst überdachte und teilweise beleuchtete Abstellmöglichkeiten für Fahrräder der Mitarbeiter(innen) sowie der Stadträte zu unterbreiten.

Dieser Antrag wird von den übrigen Mitgliedern des Finanz- und Grundstücksausschusses unterstützt.

Anschließend stellt **Herr Bromberg** den geänderten Antrag zur Abstimmung.

**Der geänderte Antrag wird dem Stadtrat mit 9 – 0 – 0 zur Beschlussfassung empfohlen.**

**Die Stellungnahme S0177/07 wird von den Mitgliedern des Finanz- und Grundstücksausschusses zur Kenntnis genommen.**

## **6. Beschlussvorlagen**

---

- 6.1. Zukünftige strategische Ausrichtung und Weiterentwicklung des Städtischen Klinikums Magdeburg und damit verbundene Organisations- und Rechtsformveränderungen (1. Lesung)  
Vorlage: DS0127/07
- 

Herr Stadtrat Ansorge erscheint zur Sitzung. **Herr Schindehütte** tritt in diesem Zuge sein Stimm- und Rederecht an Herrn Ansorge ab.

**Herr Dr. Brakmann** erläutert, dass es Zielstellung des Betriebsausschusses und der Eigenbetriebsleitung war, eine Rechtsformänderung zu untersuchen. Aus diesem Grund habe man die Firma Kienbaum damit beauftragt. Des Weiteren führt er aus, dass die Bildung einer GmbH die Möglichkeit für eine strategische Weiterentwicklung des Städtischen Klinikums schafft. Im Übrigen ermöglicht sie die Generierung von zusätzlichen Einnahmen, die Eigenbetrieben nicht zur Verfügung stehen. Denn allein die Personalkostenreduzierungen reichen nicht aus, um den Bestand des Städtischen Klinikums langfristig zu sichern.

**Herr Feldmann** erklärt, dass man sich zunächst die Konsolidierungsmaßnahmen des Städtischen Klinikums angeschaut habe. Danach habe man untersucht, welche Bereiche das Klinikum in Zukunft verstärkt bedienen muss, um andere Finanzierungsquellen zu erschließen. Des Weiteren erläutert er, dass man auch die Vor- und Nachteile einer gGmbH- und einer GmbH-Bildung untersucht hat. Für die Bildung einer gGmbH spricht insbesondere, dass die Vermögensgegenstände als gemeinnützig gelten und somit keine Rückversteuerung erforderlich ist. Die Umwandlung des Eigenbetriebs in eine gGmbH erfolgt nach dem Umwandlungsgesetz. Die Vorteile der gGmbH sind auf Seite 8 der Anlage 2 dargestellt.

**Herr Westphal** fragt nach, ob die MVZ Klinikum Magdeburg GmbH das Städtische Klinikum betreibt. Im Übrigen möchte er wissen, bei welchem Unternehmen das Personal nach der Umwandlung im Wesentlichen angestellt ist. Darüber hinaus, fragt er nach, warum der Servicegesellschaft Klinikum Magdeburg GmbH eine Beteiligung von externen Partnern von max. 49 % gewährt wird, während den anderen beiden Gesellschaften das Recht eingeräumt wird, andere Kooperationspartner sogar an mehr als 49 % der Anteile zu beteiligen.

**Herr Franke** bittet um Auskunft, ob auch ein Verkauf des Städtischen Klinikums untersucht wurde.

**Herr Dr. Brakmann** erläutert, dass das Personal in der Klinikum Magdeburg gGmbH angestellt ist. Diese betreibt auch das Klinikum unter Beteiligung von 3 Tochtergesellschaften. In diesem Zuge erklärt er des Weiteren, dass das Klinikum in seiner jetzigen Form nicht kreditfähig sei. Mit Bezug auf die Frage von Herrn Franke erläutert er, dass der Verkauf nicht davon abhängig ist, ob das Städtische Klinikum als gGmbH geführt wird oder nicht. Ausschlaggebend dafür sei allein, dass das Klinikum wirtschaftlich betrieben werden kann.

**Herr Stern** möchte wissen, wie realistisch die dargestellten Einsparpotentiale sind.

**Herr Ansorge** führt aus, dass die Betriebsleiterin im Jahr 2005 aufgrund der wirtschaftlichen Schieflage des Städtischen Klinikums ein Konsolidierungskonzept aufgestellt hat. Im Übrigen wurde auch eine Beraterfirma hinzugezogen, die zu dem Ergebnis kam, dass eine Kostenreduzierung und eine Erlössteigerung erforderlich ist, um das Klinikum aus dieser Schieflage zu befreien. Die Betriebsleiterin als auch die Ärzteschaft befürworteten die Umwandlung des Städtischen Klinikums in eine gGmbH. Im Laufe der geführten Gespräche hat die Personalvertretung dann ein Tarifangebot vorgelegt, das zum Stocken des Prozesses führte. Die Ratsfraktionen der CDU und SPD haben daraufhin einen Änderungsantrag formuliert, der im Stadtrat behandelt werden soll. In diesem Zusammenhang hat Verdi dann einen Gegenantrag formuliert.

Der Verdi-Antrag wurde dem Stadtrat im Betriebsausschuss mit 5 – 4 – 0 zur Beschlussfassung empfohlen. Die ungeänderte Drucksache wurde dem Stadtrat im Betriebsausschuss mit 5 – 4 – 0 ebenfalls zur Beschlussfassung empfohlen.

**Herr Feldmann** erläutert, dass auch bei einer Umwandlung in eine gGmbH Personalkosteneinsparungen erforderlich sind. Die in der Drucksache dargestellten Erlösgrößen sind als realistisch einzuschätzen.

**Herr Meinecke** möchte mit Bezug auf die Personalkosteneinsparungen wissen, in welchem Bereich (Pflegepersonal, Ärzte, etc.) diese realisiert werden sollen. Im Übrigen bittet er um Auskunft, warum für die Tochtergesellschaften in der Drucksache keine konkreten Prozentsätze für die Beteiligung von externen Kooperationspartnern genannt sind.

**Herr Feldmann** führt aus, dass die Personalkosteneinsparungen durch Stellenreduzierungen oder Tarifabsenkungen realisiert werden sollen. Um die bestehende Versorgungsqualität aufrechtzuerhalten, ist es vorrangige Zielstellung diese durch eine Tarifabsenkung (Haustarifvertrag) zu erreichen. Den Ärzten muss man dabei andere Anreize geben, damit diese nicht abwandern.

**Herr Dr. Brakmann** ergänzt, dass das gesamte Personal, das heute im Städtischen Klinikum beschäftigt ist, in einen Tarifvertrag eingegliedert werden soll.

**Herr Feldmann** erklärt, dass die 49 %-Grenze für Beteiligungen in der „Servicegesellschaft Klinikum Magdeburg GmbH“ erforderlich ist, da diese sonst umsatzsteuerpflichtig wäre. Bei medizinischen Leistungen ist dies jedoch nicht der Fall, so dass dies bei den anderen beiden Tochtergesellschaften nicht beachtet werden musste.

**Herr Westphal** fragt nach, welche Auswirkungen sich ergeben würden, wenn das Städtische Klinikum in seiner jetzigen Form weiterbetrieben werden würde.

**Herr Zimmermann** erläutert, dass unter der Annahme, dass das Klinikum weitere Verluste erwirtschaftet, das Landesverwaltungsamt die Stadt in 3 bis 4 Jahren anhalten könnte, die Verluste aus dem städtischen Haushalt zu tilgen. Bis dahin müssen dem Klinikum Kassenkredite zur Sicherung der Liquidität ausgereicht werden.

**Die Drucksache ist nur in 1. Lesung behandelt worden. Eine erneute Behandlung wird in der Sitzung am 24. 10. 2007 erfolgen.**

- 6.2. Zukünftige strategische Ausrichtung der städtischen Seniorenwohn- und -pflegeheime und damit verbundene Organisations- und Rechtsformveränderungen (1. Lesung)  
Vorlage: DS0128/07
  - 6.2.1. Zukünftige strategische Ausrichtung der städtischen Seniorenwohn- und -pflegeheime und damit verbundene Organisations- und Rechtsformveränderungen (1. Lesung)  
Vorlage: DS0128/07/2
- 

**Herr Schindehütte** tritt sein Stimm- und Rederecht erneut an Herrn Ansorge ab.

**Herr Dr. Brakmann** macht deutlich, dass die wirtschaftliche Lage der städtischen Seniorenwohn- und -pflegeheime noch wesentlich schwieriger ist als die des Städtischen Klinikums. Dies liegt insbesondere darin, dass die Erlösmöglichkeiten für die Seniorenwohn- und -pflegeheime wesentlich geringer sind als die des Klinikums. Um die städtischen Seniorenwohn- und -pflegeheime wettbewerbsfähig zu machen, sind weitere Personalkosteneinsparungen erforderlich, obwohl die Auslastung bei fast 100 % liegt.

**Herr Goldmann** erläutert, dass die Vorteile der gGmbH darin liegen, dass man eine Servicetochter gründen kann, um daraus Umsatzsteuervorteile zu erzielen. Im Übrigen können Auslastungssteigerungen kaum noch realisiert werden und auch über den Preis lässt sich kaum noch etwas steuern, da diese von den Sozialkassen vorgegeben werden. Dabei besteht das Problem insbesondere darin, dass die in den Pflegesätzen enthaltenen Personalkostenanteile kaum ausreichen, um die entstehenden Personalkosten im öffentlichen Bereich abzudecken. Dies sei ein wirtschaftlicher Nachteil gegenüber den privaten Pflegeheimen.

**Herr Ansorge** informiert über die Abstimmungsergebnisse im Betriebsausschuss.

Der Änderungsantrag DS0128/07/2 wurde dem Stadtrat im Betriebsausschuss mit 8 – 0 – 0 zur Beschlussfassung empfohlen.

Die so geänderte Drucksache wurde dem Stadtrat im Betriebsausschuss mit 7 – 2 – 1 zur Beschlussfassung empfohlen.

Im Übrigen führt er aus, dass die Personalräte im Betriebsausschuss kein Tarifangebot vorlegen konnten. Die Gewerkschaft habe jedoch signalisiert, dass sie gesprächsbereit sei.

**Herr Stern** fragt nach, ob auch ein Verkauf in der Untersuchung entsprechend berücksichtigt wurde. Dies wird von **Herrn Dr. Brakmann** verneint.

**Herr Pfeifer** führt aus, dass Ausgangspunkt für die Erarbeitung dieser Drucksache ein Strategiepapier der Betriebsleitung war. Der Grund für die Erarbeitung dieses Strategiepapiers lag in den letzten Pflegekostenverhandlungen, bei denen kein befriedigendes Ergebnis erzielt werden konnte. Dieses Strategiepapier wurde von der Betriebsleitung in jeder Einrichtung des Eigenbetriebs vorgestellt. Im Übrigen erläutert er, dass die Erträge aufgrund der vorgegebenen Pflegesätze der Sozialkassen nicht weiter gesteigert werden können.

**Frau Meinecke** bittet Herrn Ansorge um Auskunft, was dafür gesprochen hat, die Geschäftsführerstelle wieder auszuschreiben, obwohl dieses bei anderen Gesellschaften nicht erfolgt.

**Herr Ansorge** erwidert, dass er dazu keine Aussage machen kann.

**Die Drucksache ist nur in 1. Lesung behandelt worden. Eine erneute Behandlung wird in der Sitzung am 24. 10. 2007 erfolgen.**

### 6.3. Verschiedenes

---

**Herr Schindehütte** nimmt Bezug auf einen Bericht im Videotext des MDR, in dem heute folgende Meldung zu lesen war:

„Der Neubau einer Brücke in der Sohlener Straße ist gesichert. Wie Innenstaatssekretär Erben mitteilte, kommt das Land für den Eigenanteil der Kommune auf. Das seien 124.000 EUR. Magdeburg selbst konnte die Kosten nicht aufbringen und beantragte deshalb Förderung vom Land.“

und bittet um entsprechende Erklärung.

**Herr Zimmermann** erläutert, dass er dazu keine detaillierte Aussage machen kann. Aus diesem Grund bittet er darum, ggf. Kontakt mit Herrn Gebhardt aufzunehmen.

**Herr Bromberg** schließt um 20:40 Uhr die Sitzung.

Die Niederschrift erhält ihre endgültige Fassung mit Bestätigung in der darauffolgenden Sitzung.

Hans-Dieter Bromberg  
Vorsitzende/r

Michaela Paetsch  
Schriftführer/in